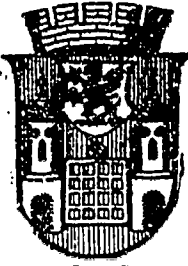


Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Postfach Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postfachkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die entsprechende Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Werbungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 119

Freitag, den 22. Mai 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichsminister Schiele erklärte im Hauptauschuß des Reichstags, daß er eine Klärung der Flaggenfrage für zwingend erwünscht halte.

— In Dorstfeld fand die feierliche Beisetzung der 43 Todesopfer der Dorstfelder Bergwerkskatastrophe statt.

— Die bayerische Landesbauernkammer hat bei den Vorstandsahlen den bisherigen Präsidenten Dr. Georg Heim nicht wiedergewählt.

— Das oberste bulgarische Militärgericht hat die Todesurteile gegen die Urheber des Bombenattentates in der Kathedrale von Sofia bestätigt.

Der neue Zolltarif.

Wiedereinführung der Getreidezölle.

Die neue vorläufige Zolltarifvorlage schlägt die Wiedereinführung der früheren Getreidezölle vor. Da aber noch nicht ohne weiteres gesagt werden könne, wann die gegenwärtig schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zum Abschluß kommen werden, ist eine Uebergangszeit bis zum Beginn des nächsten Getreide-Wirtschaftsjahres, also bis zum 31. Juli 1926, vorgesehen.

In dieser Uebergangszeit sollen ermäßigte Zölle gelten, nämlich 3 Mark für den Doppelzentner Roggen, 3,50 Mark für den Doppelzentner Weizen, 2 Mark für Gerste und 3 Mark für Hafer. Der Tarif sieht außerdem Mindestzölle vor. Die Zollsätze dürfen in vertragsmäßigen Abmachungen bei Roggen nicht unter 5 Mark, bei Weizen nicht unter 5,50 Mark, bei Gerste nicht unter 2,30 Mark und bei Hafer nicht unter 5 Mark für den Doppelzentner herabgesetzt werden.

Der Tarif schlägt weiter einen Zoll auch für Herbstkartoffeln vor. Wichtige Kartoffel-Anbaugelände seien durch den Versailler Vertrag Deutschland verloren gegangen. Die deutsche Landwirtschaft habe aber mit Erfolg den Versuch unternommen, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Kartoffeln wie in der Vorkriegszeit vom Auslande unabhängig zu machen. Es sei klar, daß bei dieser Entwicklung eine starke Einfuhr von Herbstkartoffeln aus dem Auslande einen gefährlichen Einfluß auf die Entwicklung des deutschen Kartoffelanbaues haben müßte, und daß dadurch das jetzt schon erreichte Ziel, nämlich die Versorgung der deutschen Bevölkerung aus eigener Erzeugung, wieder gefährdet werden würde. Aus diesem Grunde sieht der Entwurf einen

Kartoffelzoll von 50 Pfennigen

je Doppelzentner vor, der den Unterschied der Produktionskosten des In- und Auslandes ausgleichen soll. Auch hier hat die Reichsregierung für die Zeit bis zum 31. Juli 1926 einen ermäßigten Uebergangszoll in Höhe von 25 Pfennigen für zweifach gehalten.

Rind- und Fleischzölle.

Die dritte große landwirtschaftliche Zollfrage ist die der Zölle auf Rind- und Fleisch. Die Begründung des Zolltarifs gibt zu, daß die deutsche Landwirtschaft den jetzigen Fleischbedarf vollständig decken kann. Aber eine starke Einfuhr ausländischen Fleisches, das in Südamerika z. B. wesentlich billiger als in Deutschland hergestellt werden kann, müßte den Absatz des deutschen Viehes und Fleisches ungünstig beeinflussen und so zu einem Rückgang der deutschen Viehhaltung führen. Aus diesem Grunde wird die Wiederherstellung der allgemeinen Vorkriegszölle vorgeschlagen. Bei Gefrierfleisch, Speck und Büchsenfleisch kehrt der Tarif bis zum 31. Juli 1926 wiederum ermäßigte Sätze vor, und zwar für Gefrierfleisch und Büchsenfleisch in Höhe von 20 Mark (anstatt 45 bis 75 Mark), und für Speck von 24 Mark (statt 36 Mt.).

Schließlich sind Zölle auch für Gemüse, Obst, Butter, Käse, Öle und Fette vorgesehen, weil die Regierung auch hier durch Steigerung der Produktion eine Vermehrung des Angebots und damit eine normale Preisbildung zu erreichen hofft. Verbrauchszucker wird mit 10 Mark je Doppelzentner, anderer fester und flüssiger Zucker mit 8 Mark und Melasse mit 4 Mark bezollt.

Außerordentlich handelspolitische Bedeutung ist dem Pferde Zoll zugeschrieben, der für ein Stück 500 Mark beträgt.

Die Zölle für die Industrieerzeugnisse sind nicht Mindestzölle, sondern können durch Handelsverträge herabgesetzt werden. Für Maschinen sind die bestehenden Zollsätze im allgemeinen beibehalten.

Die Neufassung des Zolltarifs für Kraftwagen ist mit Rücksicht auf die schwierige Lage der inländischen Kraftwagenindustrie und die hochentwickelte Massenherstellung im Auslande notwendig geworden. Es ist geplant, vorübergehend für Kraftwagen Zollsätze vorzusehen, die wesentlich über der durchschnittlichen Zollbelastung liegen. Diese Sätze werden aber vom 1. Juli 1926 an schrittweise im Laufe von zwei Jahren auf einen Betrag herabgesetzt, der ungefähr der Zollbelastung in der Vorkriegszeit entspricht. Die Erhöhung des Zollsatzes für chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse trifft in erster Linie die minderwertigen Arzneimittel. Der für Kunstseiden erzeugnisse vorgesehene Zoll beläuft sich für den Doppelzentner auf 100 Mark, während er in der Vorkriegszeit nur 30 Mark betrug. Auch die Zollsätze für Wolle aus Wolle und Baumwolle sind nicht unerheblich erhöht. Die Zollsätze für Holzwaren sind um durchschnittlich 30 v. H. erhöht.

Die Beisetzung in Dorstfeld.

Die letzte Fahrt der 43 toten Knappen.

Wieder einmal hatte Dortmund Trauer angelegt. Es galt die 42 Opfer der letzten Bergwerkskatastrophe auf der Zeche Dorstfeld zur letzten Ruhe zu betten. Die Zahl der Teilnehmer ging in die Tausende. Die Fördertürme, auch die der Nachbarzechen, hatten halbmast geflaggt und auch die meisten Privatgebäude hatten Farben der Trauer angelegt.

Die Teilnahme des Reiches.

Bei den Beisetzungsfestlichkeiten sprach namens der Reichsregierung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der den Hinterbliebenen das herzlichste Beileid aussprach und dann sagte:

„Das Jahr 1925 ist ein Unglücksjahr für den deutschen Bergbau. Noch vor wenigen Jahren konnten nicht genug Kohlen gefördert werden, um den Reparationsverpflichtungen zu genügen. Heute verderben die Kohlen auf den Halben. Viele Tausende Feiertaglichen bringen die Bergarbeiterschaft in Not und Sorge. Zu diesen materiellen Leiden kommen die seelischen Qualen aus den fortgesetzten wiederholenden menschenmordenden Katastrophen. Worte des Trostes verlagern angesichts solch harten Schicksals. Trotzdem darf es uns nicht entmutigen, im Gegenteil, der Opfertod unserer Kameraden soll uns anspornen, alles zu tun, um wirksame Maßnahmen im Kampf mit den Gefahren des Bergbaues zu treffen. Alles, was das Beste muß daran gesetzt werden, daß die Bergleute bei ihrer schweren Arbeit im Dienste des Gemeinwohls an Leben und Gesundheit wenigstens soweit geschützt werden, als es menschenmöglich ist. Dieses Versprechen geben wir den toten Kameraden zum Abschied.“

Des weiteren sprachen der preussische Handelsminister Dr. Schreiber, Oberbürgermeister Eichhoff, Dortmund und nach Vertretern der Bergarbeiterorganisationen Generaldirektor Dr. Tengelmann von den Eisener Steinlohlen-Bergwerken.

Den stattlichen Trauerzug geleitete ergreifende Musik bis zu den verschleierten Friedhöfen, wo von behördlichen Vertretern und Vertretern der Arbeiterverbände nochmals Ansprachen gehalten wurden.

Parlamentarische Untersuchung des Dorstfelder Unglücks.

Die Reichstagsfraktionen der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, wonach eine Abordnung von vier Mitgliedern des Reichstages mit der preussischen Grubenoberaufsichtskommission und dem Betriebsrat der Zeche Dorstfeld an der sofortigen Untersuchung des Bergungunglücks teilnehmen sollen.

Außerdem sind im Reichstag und im Preussischen Landtag zahlreiche Interpellationen wegen des Grubenunglücks eingebracht worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Mai 1925.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat dem apostolischen Nuntius, Monsignore Pacelli, dem Rangältesten des diplomatischen Korps, einen Gegenbesuch abgestattet.

— Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über Wechsel- und Scheckzinsen zugegangen, wonach der Zinssatz bis auf weiteres 2 Prozent über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, mindestens aber 6 Prozent betragen soll.

— Keine sozialdemokratischen Feiertage mehr in Anhalt. In der letzten Sitzung des anhaltischen Landtags gelangte ein Antrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf Beiseitzung des 1. Mai und des 9. November als gesetzlicher Feiertage mit den

Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftspartei (18 gegen 17 Stimmen) zur Annahme.

— **Volksentscheid über die Flaggenfrage?** Im Hauptauschuß des Reichstags bezeichnete der Reichsminister des Innern die Verfassungsfragen als das wichtigste Aufgabengebiet seines Ministeriums. Er trete den Anträgen auf Errichtung eines ständigen Verfassungsausschusses, wie ihn auch der Preussische und Bayerische Landtag besitzen, bei. In diesem Ausschusse würden an der Hand des reichen Materials auch die Anträge über das Wahlalter, über die Erweiterung der Immunitätsvorschriften usw. zu beraten sein, ebenso der zu Artikel 3 vorliegende Antrag auf Änderung der Reichsfarben. Gerade in der Flaggenfrage halte ich eine baldige Klärung für dringend erwünscht. Zu den Anträgen, die auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik und auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik abzielen, betonte er, er sei der Auffassung, daß das von vornherein nur für eine bestimmte Geltungsdauer geschaffene Gesetz zum Schutze der Republik besonderen, außerordentlichen Verhältnissen seine Entziehung verdammt und daß keine Bedenken beständen, nunmehr einer Prüfung über die Aufhebung des Gesetzes näherzutreten.

— **Zollschutz und Arbeitnehmer.** Bei einer Besprechung, die zwischen dem Reichsernährungsminister und den Vertretern verschiedener Arbeitnehmerorganisationen abgehalten wurde, begründete der Minister die Vorlage als einen Akt der Gerechtigkeit. In der Aussprache wurde von einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Bedenken hingewiesen, die gegen die Vorlage eingebracht werden könnten, inwieweit betonend, daß auch die Landwirtschaft Anspruch auf eine gerechte Behandlung habe.

Beratungen zum neuen Einkommengesetz.

— Berlin, 22. Mai. Bei der Weiterberatung des neuen Einkommensteuergesetzes im Steuerauschuß des Reichstages gelangte eine deutschnationale Entscheidung zur Annahme, die die Regierung auffordert, hinsichtlich des dreijährigen Durchschnitts bei der Einkommensteuer dem Reichstage zu gegebener Zeit mit Vorschlägen hervorzutreten.

Hindenburg an das bergische Land.

— Berlin, 21. Mai. Dem bergischen Lande hat der Reichspräsident anlässlich der dortigen Erinnerungsfestern telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Das Telegramm klingt aus: Möge das Gedächtnis tausendjähriger gemeinsamer Geschichte und gemeinsamen Schicksals der gerade in dem letzten Jahre so erprobten Heimattreue und Vaterlandsliebe allen Bewohnern des bergischen Landes neue Kraft und Festigung geben.

Polen drückt sich vor der Verantwortung.

— Ranzig, 21. Mai. Von der offiziellen polnischen Telegraphen-Agentur wird die folgende Notiz verbreitet: „In Zusammenhang mit der Katastrophe bei Stargard sind Gerüchte aufgetaucht, daß die polnische Regierung ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt habe, aus freiem Willen den Opfern der Katastrophe Entschädigungen zu gewähren. Das Eisenbahnministerium dementiert diese Nachricht und erklärt, daß die Regierung sich auf die rechtlichen Vorschriften berufe und die Katastrophe bei Stargard als einen durch höhere Gewalt verursachten Unglücksfall ansieht, wofür sie keine Verantwortung übernimmt.“

Rundschau im Auslande.

Die Militärkontrollkommission soll entscheiden.

— Die Pariser Presse bringt jetzt nähere Einzelheiten über die Gründe der Vertagung der Völkerversammlung. Danach enthält die von England vorgeschlagene Note eine Aufzählung der deutschen Verfehlungen, die in zwei Gruppen eingeteilt seien, in Verfehlungen ersten Charakters und in solche geringfügiger Art. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß diese Unterscheidung wenig befriedigend sei. Man suche deshalb ein Einverständnis auf einer etwas abgeänderten Grundlage. Die Alliierten würden danach darauf verzichten, die Verfehlungen zu katalogisieren und einen Entwaflnungsalender aufzustellen. Deutschland werde aufgefordert werden, sich nach dem Vertrag zu richten und die Kontrollkommission in Berlin werde damit beauftragt werden, nach einer gewissen Zeit festzustellen, ob eine Erfüllung der Forderungen erfolgt sei oder nicht.

England und die neue deutsche Zollvorlage.

— Die neue deutsche Zolltarifvorlage wird in der englischen Presse, wenn auch vorläufig noch zurückhaltend, so doch schon recht eingehend besprochen. Alle Blätter sind sich darin einig, daß die Erhöhung der deutschen Zollsätze für die englische Industrie von großer Bedeu-